

Editorial

In: Mitteilungen 243 (03/2020), S. 1 - 2

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

Vor Ihnen liegen die dritten Mitteilungen des Jahres und noch immer beschäftigt uns Corona. Es wird nicht das letzte Heft sein, das sich mit dem Thema auseinandersetzt und auch wir als HU werden weiter aufgerufen sein, zwischen den notwendigen Schutzmaßnahmen, die dafür sorgen, dass wir alle gut durch diese Zeit kommen und den übertriebenen Einschränkungen grundlegender Freiheitsrechte zu unterscheiden.

Im Vorstand haben wir uns intensiv mit den Einschränkungen des Versammlungsrechtes beschäftigt. Ein Ergebnis unserer Arbeit ist ein von Mikey Kleinert formuliertes Positionspapier zum Versammlungsrecht, das in diesen Mitteilungen erscheint. Uns interessiert Ihre Meinung hierzu – vielleicht als Kommentar in den nächsten Mitteilungen?

Mit Sicherheit hat Corona den technologischen Wandel beschleunigt. In den ersten Monaten nach Corona haben wir bei der HU – wie alle anderen – gelernt, uns zu Videokonferenzen zu treffen und die inhaltliche Arbeit der Geschäftsstelle aus dem Homeoffice zu organisieren. Gleichzeitig sind so viele Menschen wie noch nie online – beim Arbeiten, in ihrer Freizeit und in ihren politischen Aktivitäten. Dabei sind auch Menschen (und Altersgruppen), die sich dem Internet bisher nicht verbunden fühlten.

Es ist häufig nicht mehr die Frage, ob man etwas online tun will, sondern oft ist dies die einzige mögliche Option. Ohne die Möglichkeit online zu gehen ist man/frau von politischen Debatten und zivilgesellschaftlichen Diskursen abgeschnitten. Das stellt ein weiteres Risiko dar – nicht nur wegen der bekannten Schwächen des politischen Diskurses im Netz - sondern auch, weil es keinen universellen Zugang gibt. Aus technischen, finanziellen oder persönlichen Gründen können oder wollen etliche Menschen nicht ins Netz. Doch kann die Digitalisierung die Schwelle zu politischer Partizipation auch senken, wenn sie uns kostspielige und zeitaufwendige Anreisen zu politischen Versammlungen erspart. Beide Standpunkte sind legitim und beiden wollen wir als Bürgerrechtsvereinigung gerecht werden.

Wir wollen denjenigen, die es möchten, die Möglichkeit bieten, ohne Anreise an Mitgliederversammlung und HU-Con teilzunehmen. Wir wollen aber auch diejenigen begrüßen, die nicht online teilnehmen können oder wollen. Wir werden daher die nächste Mitgliederversammlung und die Verleihung des Fritz Bauer-Preises als hybride Veranstaltungen abhalten.

Wir können nicht zulassen, dass die Covid19 Pandemie – so ernst sie auch ist – das Recht auf bürgerliches Engagement und politische Partizipation untergräbt. Wir wollen in dieser Krise aber auch neue Wege beschreiten, in denen wir neue Chancen sehen. Wir wollen das Momentum nutzen, das uns die Fortentwicklung digitaler Möglichkeiten der Partizipation eröffnet. In der Krise ist es wichtiger denn je, unseren kritischen Stimmen einen Platz und eine Plattform zu geben, wo sie sich Gehör verschaffen können. Wir laden Sie daher ein, auf welche Art auch immer, teilzunehmen an der Mitgliederversammlung der Humanistischen Union am 24. und 25. April in Potsdam (oder Berlin). Genauere Angaben zu Ort und Zeit erhalten Sie in den nächsten Mitteilungen.